NACHRICHTEN
Österreich

Über 42 Millionen unbezahlte Überstunden: Ein Albtraum für Arbeitnehmer!

Österreich: Über 42 Mio. unbezahlte Überstunden in 2023. Arbeitnehmer kämpfen gegen Lohnraub – juristische Unterstützung erforderlich.

Salzburg, Österreich - Im Jahr 2023 haben über 42 Millionen Überstunden in Österreich nicht zu einer entsprechenden Entlohnung für die Arbeitnehmer geführt. Laut Erhebungen der Arbeiterkammer bleiben diese Stunden unbezahlte Überstunden. Dies hat nicht nur finanzielle Einbußen für die Arbeitnehmer zur Folge, sondern wirkt sich auch negativ auf die öffentlichen Kassen aus, da Lohnsteuern und Sozialbeiträge verloren gehen. ÖGB-Landesvorsitzender Peter Eder kritisiert diese Misere als „Lohnraub auf Kosten der Arbeitnehmer“ und fordert Veränderungen in der Arbeitswelt.

Ein Beispiel verdeutlicht das Dilemma: Eine Service-Mitarbeiterin im Gastgewerbe wurde nach ihrer Kündigung der Ausgleich für 147 Überstunden verweigert. Nach rechtlicher Unterstützung erhielt sie letztendlich 5.500 Euro. Ähnlich erging es einer ungarischen Reinigungskraft, die im zweiwöchigen Schichtsystem bis zu 19 Stunden täglich arbeitete. Nach einem Vergleich erhielt sie eine Nachzahlung von 12.000 Euro. Diese Fälle zeigen, wie wichtig es ist, Arbeitnehmerrechte zu schützen und uneingeschränkte Arbeitskontrolle zu gewährleisten.

Finanzielle Auswirkung unbezahlter Überstunden

In Salzburg wurde festgestellt, dass es etwa 2,5 Millionen nicht vergütete Überstunden gibt, was einem Lohnausfall von 136 Millionen Euro für die Beschäftigten entspricht. Diese Situation wirft ein Schlaglicht auf die wirtschaftlichen Auswirkungen unbezahlter Mehrarbeit und deren Einfluss auf das staatliche Finanzwesen. Eine effiziente Erfassung der Arbeitszeiten könnte hier Abhilfe schaffen.

Das Bundesarbeitsgericht hat am 20. September 2022 ein wichtiges Urteil zur Arbeitszeiterfassung gefällt. Arbeitgeber sind demnach verpflichtet, die Arbeitszeiten ihrer Beschäftigten systematisch zu erfassen. Dieses Urteil basiert auf einem Verständnis des Arbeitsschutzgesetzes (§ 3 Abs. 2 Nr. 1) in Verbindung mit der EU-Richtlinie 2003/88/EG. Diese gesetzlichen Rahmenbedingungen könnten dazu beitragen, die Situation der Arbeitnehmer zu verbessern.

Rechte der Arbeitnehmer stärken

Arbeitgeber sind nicht nur verpflichtet, Maßnahmen zum Arbeitsschutz zu treffen, die die Sicherheit und Gesundheit der Beschäftigten gewährleisten, sondern auch die Wirksamkeit dieser Maßnahmen zu überprüfen und gegebenenfalls anzupassen. Der Europäische Gerichtshof sieht es als Pflicht der Arbeitgeber an, Arbeitszeitvorgaben einzuhalten und ein funktionierendes Zeiterfassungssystem zu schaffen. Ohne ein solches System ist es schwierig, die tatsächlichen Arbeitsstunden, Überstunden und deren Verteilung objektiv zu ermitteln.

Dank des Urteils haben Arbeitnehmer mit unbezahlten Überstunden nun bessere Möglichkeiten, ihre Ansprüche auf ordnungsgemäße Abrechnung und Einhaltung der Arbeitszeit durchzusetzen. Es wird empfohlen, bei Problemen mit unbezahlten Überstunden rechtlichen Rat bei einem Fachanwalt für Arbeitsrecht einzuholen. Diese Entwicklungen könnten die Chancen für Arbeitnehmer erheblich verbessern und helfen, das Problem unbezahlter Überstunden zu bekämpfen.

Die Problematik in Österreich wird durch die Erhebungen der **Arbeiterkammer** weiter untermauert, wo der massive Lohnausfall durch unbezahlte Überstunden thematisiert wird. In diesem zusammenhängenden Kontext wird deutlich, dass eine reformierte Handhabung von Arbeitszeiten möglicherweise entscheidend für die Verbesserung der Lebens- und Arbeitsbedingungen von Millionen Arbeitnehmern ist.

Für weitere Informationen und Details über die Auswirkungen unbezahlter Überstunden sowie rechtliche Handlungsansätze zur Durchsetzung von Ansprüchen siehe auch **Kosmo** und **anwalt.de**.

Details	
Vorfall	Lohnraub
Ort	Salzburg, Österreich
Schaden in €	136000000
Quellen	• **www.kosmo.at** • **wien.arbeiterkammer.at** • **www.anwalt.de**

Besuchen Sie uns auf: die-nachrichten.at